

14.05.2019

## **Antrag**

**der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP**

### **Bekennnis zur Sozialen Marktwirtschaft – eine Erfolgsgeschichte in Deutschland und Nordrhein-Westfalen**

#### **I. Ausgangslage**

Die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung unserer freiheitlichen Demokratie ist die Soziale Marktwirtschaft. Sie ist die Grundlage für Wohlstand und Arbeit, für Chancen und Aufstieg sowie für soziale Sicherheit für alle. Sie garantiert allgemeine Freiheitsrechte. Das Aufstiegsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft muss immer wieder erneuert werden. Nur was erwirtschaftet wurde, kann auch verteilt werden.

Die Grundlage für Wohlstand und Arbeit für alle ist ein fairer Wettbewerb. Der Staat setzt einen Ordnungsrahmen und greift dort ein, wo der Markt alleine keinen fairen Wettbewerb mehr garantiert. Unternehmen müssen auf diesen Rahmen vertrauen können.

In der jüngeren Vergangenheit steht unser erfolgreiches deutsches Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell von außen unter Druck: Protektionismus, Nationalismus und autoritäre Systeme erfreuen sich (fragwürdiger) Beliebtheit. Aber auch von innen wird die Soziale Marktwirtschaft immer wieder infrage gestellt. Forderungen nach der Vergesellschaftung von Wohnraum, Kapital oder gleich ganzen Unternehmen werden sogar im 21. Jahrhundert aus Teilen der linken Parteilandschaft erhoben. Vergesellschaftung ist dabei lediglich ein Euphemismus für Enteignung. Die Parteivorsitzende Andrea Nahles formuliert lapidar: dies gehöre zum „Traditionsbestand“ der SPD; der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Hartmann erklärt sogar: „Wir müssen die Debatte aufnehmen. Wir brauchen ein grundlegend neues Wirtschaftsmodell“. Auch der Vorsitzende der Grünen, Robert Habeck, äußert Sympathie für die Enteignung von Immobilien.

Datum des Originals: 14.05.2019/Ausgegeben: 14.05.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

Unsere Verfassung schützt auch das Grundrecht auf Eigentum. Enteignung schafft aber weder Wohnraum noch national oder international wettbewerbsfähige Unternehmen. Bereits Gedankenspiele um Enteignung sorgen vielmehr für Unsicherheit und Wohlstandsverlust. Für den Standort Nordrhein-Westfalen gefährdet diese Unsicherheit Arbeitsplätze, Investitionen und damit den Wohlstand.

Die allermeisten Unternehmen nehmen eine verantwortungsvolle Rolle im System der Sozialen Marktwirtschaft ein und leisten einen Beitrag zum Gemeinwohl. Wo dies nicht passiert, ist es die gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Missbrauch zu beenden.

Die NRW-Koalition bekennt sich zur ordnungspolitischen Idee der Sozialen Marktwirtschaft. Wir sind davon überzeugt, dass sie den richtigen Rahmen gibt, um die schöpferischen und produktiven Kräfte jedes Einzelnen und unseres Landes zu erschließen und allen zu Nutze zu machen.

## II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

- Die Soziale Marktwirtschaft ist ein Erfolgsmodell der Bundesrepublik Deutschland für die Wirtschaft – sowohl für Unternehmen als auch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
- Im Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft finden die Freiheit des Einzelnen und seine Verantwortung für die Allgemeinheit zusammen.
- Diese Wirtschaftsform kommt dem Ideal von Wohlstand und Arbeit für alle sowie fairen Wettbewerbsbedingungen näher als jede andere und garantiert individuelle und gesellschaftliche Freiheitsrechte
- Alle politischen Kräfte im Land Nordrhein-Westfalen sind aufgefordert, sich zu den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zu bekennen und sie gegen populistische Angriffe von allen Seiten zu verteidigen.
- Das Recht auf Eigentum ist ein wesentliches Element einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung.

Der Landtag beauftragt die Landesregierung,

- weiterhin für die Soziale Marktwirtschaft und das mit ihr verbundene Aufstiegsversprechen zu werben, Verständnis und Vertrauen für ihr Wirken bei den Bürgerinnen und Bürgern zu stärken, auf die mit allen anderen Wirtschaftsformen verbundene Unfreiheit hinzuweisen.

Bodo Löttgen  
Matthias Kerkhoff  
Daniel Sieveke  
Thorsten Schick  
Henning Rehbaum  
Peter Preuß

und Fraktion

Christof Rasche  
Henning Höne  
Ralph Bombis  
Dietmar Brockes  
Stefan Lenzen

und Fraktion